Die Wohnungswirtschaft Thüringen

Aktuelles aus Bauen, Technik & Energie

Antje Schmidt

Referentin „Prozessmanagement Planung / Bau /
Energie“ des vtw

Gast im GdW-Fachausschuss „Planung/ Technik/
Energie“ und „Klimaschutz“ sowie AG „Stadt &
Quartier“

Erfurt, den 04.03.2024

- 1) Novelle Trinkwasserverordnung
- 2) CO₂KostAufG ab Betriebskostenabrechnung 01.01.2023
- 3) GEG & kWP mit Exkurs „Neue Gase“

1 Novelle Trinkwasserverordnung

- Am 24.06.2023 trat Novelle in Kraft, komplett überarbeitete Fassung ↪ GdW-RS 29.09.23
- Verpflichtender **Austausch / Stilllegung Bleirohrleitungen** bis 12.01.26. Niedrige Blei-Grenzwerte bisher schon faktisches Ausbaugesuch. Wasserversorger und Installateure sollen Informationen zu Bleileitungen in Gebäuden an Gesundheitsamt melden
- Ultrafiltrationsanlagen können Hygiene bei Temp.-Absenkung sichern
- niedrigere Grenzwerte für Arsen, Chrom und Blei mit Übergangsfristen, technischer Maßnahmewert Legionellen gesenkt auf 99 KBE in 100 ml ohne Übergangsfrist

1 Novelle Trinkwasserverordnung Informationspflichten

Wasserversorger verpflichtet, gemäß § 45 „min. **jährlich** geeignetes und leicht verständliches **Informationsmaterial** über die **Beschaffenheit des Trinkwassers** in Textform zu übermitteln.“ ;

„**Anschlussnehmer**..verpflichtet, das Informationsmaterial unverzüglich an betroffene Verbraucher..in Textform **weiterzugeben**.“

Ab 2027 jährlich plus

1. Gebühren und Preis des Trinkwassers pro Liter und Kubikmeter
2. abgenommene Wassermenge sowie Vergleich zum letzten Jahr
3. von vergleichbaren Haushalten durchschnittlich abgenommene Wassermenge
4. Pflicht zum Entfernen oder Stilllegen von Bleileitungen
5. Internetseite mit den Informationen nach § 46

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Stufenmodell

Stufenmodell (Q: BMWK)

Stufenmodell zur Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mieter und Vermieter

Heizkostenabrechnung (NICHT Energieausweise)

- Emissionen schwanken jährlich in Abh. von aktuellem Sanierungsgrad, Wetter und Nutzerverhalten
- ± Stufensprünge möglich!

Øvtw=23 (Q: CO₂-Monitoring IBQS)

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Allgemeines

Erforderliche Daten

- Rechnung Energieversorger **2023**
- CO₂-Emissionsfaktor
 - EBeV / finnische Methode
- Reduzierende Faktoren
 - Anschluss- & Benutzungszwang
 - Denkmalschutz
 - Erhaltungssatzung

Berechnung(svorlage)

- Kostenabschätzung entspr. letzter Betriebskostenabrech.
- Excel oder Programme
- Verknüpfung mit (künftigem) CO₂-Monitoring!?

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Rechnung Energieversorger

Lieferanten haben für Brennstoffe oder Wärme nach CO₂KostAufG § 3 auf Rechnungen folgende **Informationen** auszuweisen:

1. Brennstoffemissionen kg_{CO2}
2. Preisbestandteil CO₂-Kosten €/t
3. heizwertbezogenen Emissionsfaktor kg_{CO2}/kWh
(steuerlich bislang Brennwert -> dann Umrechnung erf.)
4. Energiegehalt kWh
5. Hinweis auf Erstattungsansprüche (§ 6 Abs. 2 und § 8 Abs. 2)

Siehe auch ↪ **GdW-Arbeitshilfe 92 CO₂KostAufG** vom 28.02.23

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

GdW Arbeitshilfe 92

zur Umsetzung des Gesetzes zur
Aufteilung der Kohlendioxidkosten
(Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz –
CO₂KostAufG)
in der Wohnungswirtschaft

28.02.2023

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Beispiele Reduktionsfaktoren

Ø Emissionen
lt. Vtw-Monitoring

Bsp. Anteil
Vermieter

Besonderheiten

Aufteilung FW_{vtw} bei Anschluß- &
Benutzungszwang ODER
Denkmalschutz

Aufteilung FW bei Anschluß- &
Benutzungszwang UND
Denkmalschutz

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Abrechnung durch Energieversorger

- **Fernwärme** (Q: BEHG, AGFW)
 - Anlagen **<20 MW** nat. EH
 - Preissprünge zunächst festgelegt, 2023: 30,00 €/t
 - Emissionen definiert (EBeV)
 - Anlagen **>20 MW** eu. EH
 - Börsenpreis, 2023: 80,40 €/t
 - Emissionen anhand tatsächlicher Werte -> Rechnungsstellung erst zur Jahresmitte 2024

Inhalt BEHG

§ 10 Veräußerung von Emissionszertifikaten

(2) In der Einführungsphase werden die Emissionszertifikate zunächst zum Festpreis verkauft. Für die Dauer des Verkaufs beträgt der Festpreis pro Emissionszertifikat

1. im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021: 25 Euro,
2. im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022: 30 Euro,
3. im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023: 30 Euro,
4. im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024: **45 Euro**,
5. im Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025: **55 Euro**.

Aktuelle Emissionspreise:

<https://www.dehst.de/SharedDocs/news/DE/kostenaufteilungsgesetz.html>

Quelle: EEX

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Bsp. Emissionsfaktoren

CO₂-Emissionsfaktoren

	FW 309-1	FW 309-6	CO ₂ -Kostenaufteilung
KWK-Allokationsmethode	Stromgutschrift	Arbeitswert / Carnot	Finnisch
Brennstoffvorkette & Äquivalente	enthalten	enthalten	nicht enthalten
Hilfs- und Antriebsstrom	enthalten	enthalten	nicht enthalten
Anwendungsbereich	GEG	-	CO ₂ KostAufg
Emissionsfaktor	0 g / kWh	108 g / kWh	212 g / kWh

Für Erfurt.

SWE

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Bsp. Fernwärme

Berechnungsbeispiel vtw-Durchschnitt:

$$\text{Spez. CO}_2\text{-Aussto\ss} = \frac{\text{Verbrauch} * \text{Emissionsfaktor } f_E}{\text{Gesamtwohnfl\u00e4che } A} = \frac{75.000 \frac{\text{kWh}}{\text{a}} * 212 \frac{\text{g}}{\text{kWh}}}{690 \text{ m}^2} = 23 \frac{\text{kg}}{\text{m}^2\text{a}}$$

- *Eingruppierung CO₂KostAufG Tabelle der Anlage -> 30% Vermieter*
- *Kein Anschluss- und Benutzungszwang, kein Denkmal oder Erhaltungssatzung*
- *Anlage <20 MW: aktueller Emissionspreis 2023 -> 30 €/t*

$$\begin{aligned} \text{K\u00fcrzung CO}_2\text{Kosten} &= \text{spez. CO}_2\text{Aussto\ss} * \text{Wohnfl\u00e4che} * \text{Emissionspreis} * \text{Vermieteranteil} \\ &= 23 \frac{\text{kg}}{\text{m}^2\text{a}} * 57\text{m}^2 * 0,03 \frac{\text{€}}{\text{kg}} * 30\% = \mathbf{11,80 \text{ €/WE} * 1,07 \text{ MWSt.}} \end{aligned}$$

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Emissionsberichtserstattungsverordnung

Werte für alle fossilen Energieträger in EBeV (außer Fernwärme):

Für 2023 und die Folgejahre sind folgende **heizwertbezogene** Emissionsfaktoren angegeben:

Erdgas:	0,0558 t	CO ₂ /GJ bzw.	0,2009 kg/kWh
Heizöl S:	0,0797 t	CO ₂ /GJ bzw.	0,2869 kg/kWh
Heizöl EL:	0,074 t	CO ₂ /GJ bzw.	0,2664 kg/kWh
Flüssiggas:	0,0655 t	CO ₂ /GJ	0,2358 kg/kWh
Braunkohlebriketts:	0,0992 t	CO ₂ /GJ bzw.	0,3571 kg/kWh

2 CO₂-Kostenaufteilungsgesetz Tipps

- **Rechnungen abwarten und Daten genau prüfen**
- **Aufteilung der CO₂-Kosten entspr. bestehender Energieausweise als Abgrenzung des Gebäudes als thermische Hülle (mehrere Eingänge zusammenfassbar!)**
- **FW-Verträge um Passus für Rechnungsstellung erweitern**

3

Novelle GEG

§ 71 Anforderungen an Heizungsanlagen

Verabschiedung: 29.09.23

Inkrafttreten: 01.01.24

3

Novelle GEG Generelles

- Weiterbetrieb einer funktionierenden Heizung bleibt zulässig, auch wenn ausschließlich mit fossilen Brennstoffen betrieben wird.
- Defekte Heizungsanlagen können so lange wie möglich repariert werden.
- Frist für Betrieb von fossilen Heizungen endet 2045.
Ausnahme: § 72 GEG 2019: Standardheizkessel nach 30 a
- Bei einer Havarie gelten für Kessel und Gasetagenheizungen Übergangsfristen von min. 5 Jahren. Innerhalb dieses Zeitraums kann provisorisch eine (z.B. gebrauchte) Gasheizung eingebaut werden, oder eine Gasheizung, die innerhalb der Frist mit einer Wärmepumpe ergänzt wird.

3 Novelle GEG Fristen

Habeck in den 77 Antworten, BT-Drs. 20/7290:

„Für den Fall, dass aufgrund der Situation auf dem jeweiligen Wohnungsmarkt (z. B. Überangebot an Mietwohnungen) die gesetzlich bestehenden Mieterhöhungsmöglichkeiten zur Refinanzierung der Investitionskosten nicht ausgeschöpft bzw. durchgesetzt werden können, könnte ein Fall der unbilligen Härte nach § 102 GEG vorliegen und eine Befreiung beantragt werden.“

- § 71f Abs. 1: mit flüssigen/gasförmigen Brennstoffen beschickte Heizungsanlage hat sicherzustellen, dass $\geq 65\%$ aus Biogas, Biomethan, Bio-Heizöl oder **grünem/blauem Wasserstoff** erzeugt wird
- § 71i Abs. 1: Heizungsaustausch erfolgt nach 30.06.2026 (≥ 100.000 EW) bzw. 30.06.2028 (≤ 100.000 EW)
- Ausweisung eines **Wasserstoffnetzausbaugebiets**
Dann übergangsweiser Einbau „anderer Heizungsanlage“
- § 71k Abs. 1: Übergangsregelung für Heizungsanlagen, die nicht mit Gas verbrennen können: **Umrüstbarkeit** zu 1. Gasverteilternetzausbaugebiet aus & bis 30.06.28 genehmigt. Gasverteilternetzes zur Umstellung bis 31.12.28

Risiko für Wohnungsunternehmen!

Bei Nichteinhaltung der KWP durch Versorger ist Gebäudeeigentümer binnen 1a nach Stichtag oder bei Verzug Trafoplan um $\geq 2a$ selbst zur Einhaltung verpflichtet. Er hat Anspruch auf Erstattung der entstehenden Mehrkosten ggü. Gasverteilternetzbetreibers (VNB), soweit dieser Mehrkosten zu vertreten hat.

- DVGW: 98% des Netzes für H₂ geeignet
- „Neue Gase“ in alten Leitungen
-> Gasnetzgebiets-TransformationsPläne
- Initiative H2 vor Ort
 - 50 VNB, DVGW + VKU
 - „Zugpferd Industrie, Kutsche WoWi“

Grüner Wasserstoff für emissionsarme Herstellung

Heizkraftwerk Schwarzra wird auf kompletten Betrieb mit Wasserstoff umgestellt. Dafür soll Erdgasleitung umgebaut werden.

Rudolstadt. Das Heizkraftwerk der Thüringer Wärme Service GmbH (TWS) in Rudolstadt-Schwarzra soll in naher Zukunft komplett mit Grünem Wasserstoff betrieben werden und damit auch eine emissionsärmere Produktion in der Papierfabrik Adolf Jass Schwarzra GmbH (Jass) ermöglichen. Mit dem gemeinsamen Ziel zur Umsetzung der Energiewende und der Reduzierung von CO₂-Emissionen haben sich Jass, die TWS und die Ferngas Netzgesellschaft mbH (Ferngas) zu einer strategischen Partnerschaft zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie ihre Kräfte bündeln, um die Umstellung der Energieversorgung auf Wasserstoff, und damit auf eine saubere und nachhaltige Energiequelle, voranzutreiben, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Unternehmen.

Absichtserklärung für strategische Partnerschaft

Die Partnerschaft, die am Montag mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung beschlossen wurde, zielt darauf ab, das Kraftwerk der TWS in Schwarzra in mehreren Schritten auf einen hundertprozentigen Betrieb mit Wasserstoff umzustellen. Die im Kraftwerk produzierte Wärme wird unter anderem in den Produktionsprozessen der Papierfabrik Jass eingesetzt, die ihre Produktion dadurch weitestgehend dekarbonisieren kann.

„Die Umstellung auf Wasserstoff wird nicht nur den CO₂-Ausstoß minimieren, sondern auch neue Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum und Innovation in der Region schaffen. Diese Kooperation zeigt, dass sowohl Industrie als auch Energieversorger bereit sind, proaktiv Maßnahmen zu ergreifen,

Die Papierfabrik Adolf Jass im Industriegebiet Schwarzra soll durch den Einsatz von Grünem Wasserstoff künftig deutlich emissionsärmer produzieren.

THM 2/19

um sich den Herausforderungen des Klimawandels zu stellen“, so Mathias Friedrich, Geschäftsführer der TWS.

Frank Gumbinger, Geschäftsführer der Jass Papierfabrik Schwarzra, zeigt sich begeistert: „Wir freuen uns über diese wegweisende Kooperation, die unser Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz unterstreicht. Die Partnerschaft mit der TWS und Ferngas stellt einen wichtigen Baustein zur Dekarbonisierung unserer Produktionsprozesse dar.“ TWS-Geschäftsführer Fried-

rich ergänzte, dass man neben der Papierfabrik weitere industrielle und kommunale Abnehmer in Rudolstadt-Schwarzra mit Wärme, Strom und weiteren Medien versorgen, die von der Umstellung auf Wasserstoff profitieren könnten.

Ganze Region soll mit Wasserstoff erschlossen werden

Die Ferngas Netzgesellschaft plant den Aufbau der notwendigen Netzinfrastruktur, um den Wasserstoff nach Rudolstadt zu transportieren. Gemeinsam mit den anderen Netz-

betreibern hat Ferngas Mitte Juli 2023 einen Planungsstand für ein Wasserstoff-Kernnetz in Deutschland veröffentlicht. Parallel plant Ferngas mit seinen Kunden schon jetzt die Anbindungen an diese Transporttrouten.

Für die Anbindung Rudolstadt ist unter anderem die Umrüstung einer bereits vorhandenen rund 70 Kilometer langen Erdgasleitung aus dem Raum Erfurt bis nach Untertwellborn vorgesehen, wo auch das Stahlwerk Thüringen versorgt werden soll. Kevin George Greiling, Leiter Netzwirtschaft bei Ferngas, erklärt dazu: „Diese Region ist für uns bei der Anbindung an das Wasserstoff-Kernnetz von besonderer Relevanz. Eine Umstellung der Leitung ermöglicht die zukunftsfähige Energieversorgung der Industrie im Städtedreieck Saalfeld-Rudolstadt-Bad Blankenburg. Der Gesetzgeber muss es jetzt schnell ermöglichen, dass dieses Wasserstoff-Kernnetz realisiert wird und damit auch weitere Anbindungen und Erschließung der Regionen möglich werden.“red

3 Exkurs Neue Gase

Gasnetzgebietstransformation

Netzbetreiber (VNB) haben bereits 150 Trafo-Pläne aufgestellt bspw. in Altenburg, Arnstadt, Eisenberg, Erfurt, Gera, Gotha, Greiz, Ilmenau, Inselsberg, Jena, Saalfeld, Rudolstadt, Weimar und Zeulenroda

Bild: Wasserstoffkernnetz D [h2vorort.de]

3 Thüringer Klimagesetz Dekarbonisierungsstrategien

- Thüringer Klimagesetz: alle Wärmeversorger mussten bis 31.12.2022 Dekarbonisierungsstrategie vorlegen
- 49 Wärmenetze in Th laut TheGA (siehe Grafik)
- ↘Vorlauftemperaturen und ↗Spreizung

4 Gesetz des Bundes zur kommunale Wärmeplanung (kWP)

- Große strategische Bedeutung für Planungssicherheit der Wohnungsunternehmen
- IST-Umsetzung in Thüringen gering, bspw. ESA + Kahla + Stadtroda auf dem Weg
- **Kontakt zu Kommunen und regionalen Versorgern aufnehmen!**
- **Analyse Gebäude-/Wohnungssituation vornehmen, eigenes inhaltliches und finanzielles Leistungsvermögen bewerten!**

4 Gesetz des Bundes zur kommunale Wärmeplanung (kWP)

§ 4 Länder werden verpflichtet, Wärmeplanungen auf Hoheitsgebiet sicherzustellen. Verpflichtende **Umsetzungsfristen** Wärmepläne:

- Gebiete > 100.000 Einwohner: bis 30.06.2026
- Gebiete < 100.000 Einwohner: bis 30.06.2028
- Gebiete < 10.000 Einwohner: vereinfachtes Verfahren, §22

65 % eE-Anforderung gilt erst, wenn die Fristen für die Erstellung der kommunalen Wärmepläne ablaufen

Wird bereits vorher ein kommunaler Wärmeplan erstellt, endet die Übergangsfrist einen Monat nach dessen Veröffentlichung.

4 Gesetz des Bundes zur kommunale Wärmeplanung (kWP)

§ 13 Bestandteile der Wärmeplanung:

- Beschluss oder Entscheidung über Durchführung Wärmeplanung
- Eignungsprüfung (§ 14) - Bestandsanalyse (§ 15)
- Potenzialanalyse (§ 16) - Zielszenario (§ 17)
- Einteilung & Darstellung Wärmeversorgungsgebiete (§ 18 & 19)
- Entwicklung Umsetzungsstrategie (§ 20)

Verabschiedung: 17.11.2023

Inkrafttreten: nach Landesgesetzgebung!

Thüringer Gesetzesentwurf zur kommunalen Wärmeplanung in Sicht

4 Gesetz des Bundes zur kommunale Wärmeplanung (kWP)

- Wärmepläne werden **Pflicht** (§ 4)
- „Wärmeplanung“ ist **rechtlich unverbindliche**, strategische Fachplanung (§ 3 Nr. 6)
- Aus der Einteilung in voraussichtliches Wärmeversorgungsgebiet entsteht **keine Pflicht**, eine bestimmte Wärmeversorgungsart tatsächlich **zu nutzen oder bereitzustellen**. (§ 18 Abs. 2)
- Betreiber von bestehenden Wärmenetzen erhalten **Verpflichtung** zur Nutzung von
 - min. 30 % EE/uA bis 2030 und
 - min. 80 % bis 2040 (§ 29)

Save the date:
23.04.24 Tagung kWP

4 Gesetz des Bundes zur kommunale Wärmeplanung (kWP)

Alle relevanten Stakeholder einbeziehen:

Die inhaltliche Arbeit wird im Kernteam und in der Steuerungsgruppe bestehend aus

- Referat nachhaltige Stadtentwicklung und Klimaschutz,
- Stadtplanungsamt,
- Leipziger Stadtwerke,
- Netz Leipzig und
- Leipziger Wohnungs- und Baugenossenschaft (LWB)

durchgeführt.

Praxisleitfaden Kommunale Wärmeplanung

Gemeinsamer Praxisleitfaden des
AGFW e. V. und DVGW e. V.

Für die schärfer werdenden Pflichten sollte jetzt geprüft werden:

- **Energieverbrauchswerte** (CO₂-Kostenaufteilung) sowie Zuordnung Anschluß- und Benutzungszwang, Denkmalschutz und Erhaltungssatzung
- Gespräch Stadtwerke & Kommune zur lokalen **Netzstrategie & Wärmeplanung** (Ausbau, Dekarbonisation & Temperaturniveau Fernwärme, Stromnetz)
- Sortieren: **Heizungsanlagen** nach Alter, fossil/eE, zentral/dezentral sowie (Rest)**Lebensdauer** und Ersatzteilbeschaffung
- Prüfung: hydr. Abgleich, Pumpeneffizienz, Temperaturabsenkung, Nachtabstaltung